

Alle haben ihre Hausaufgaben gemacht

Bildung. Die Bundesländer haben durch die Bank ihre Bildungssysteme weiter verbessern können und damit einen wichtigen Beitrag zur Fachkräftesicherung in Deutschland geleistet. Zu diesem Ergebnis kommt der Bildungsmonitor 2014, den das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft erstellt hat.

Deutschland vergeist langsam, aber sicher: Auf 100 Bundesbürger im erwerbsfähigen Alter kommen derzeit knapp 40 Senioren – im Jahr 2030 dürften es laut Statistischem Bundesamt 53 sein, ein Anstieg von 30 Prozent. In einigen Regionen wird die Verschiebung von Jung zu Alt noch dramatischer ausfallen – etwa in Sachsen-Anhalt: Dort beträgt in 16 Jahren die Relation der 20- bis 65-Jährigen zu den Älteren voraussichtlich 100 zu 71.

Die deutschen Sozialsysteme werden diese demografischen Verschiebungen nur verkraften können, wenn die arbeitende Bevölkerung künf-

tig produktiver ist als heute. Das wiederum setzt eine möglichst gute Ausbildung voraus.

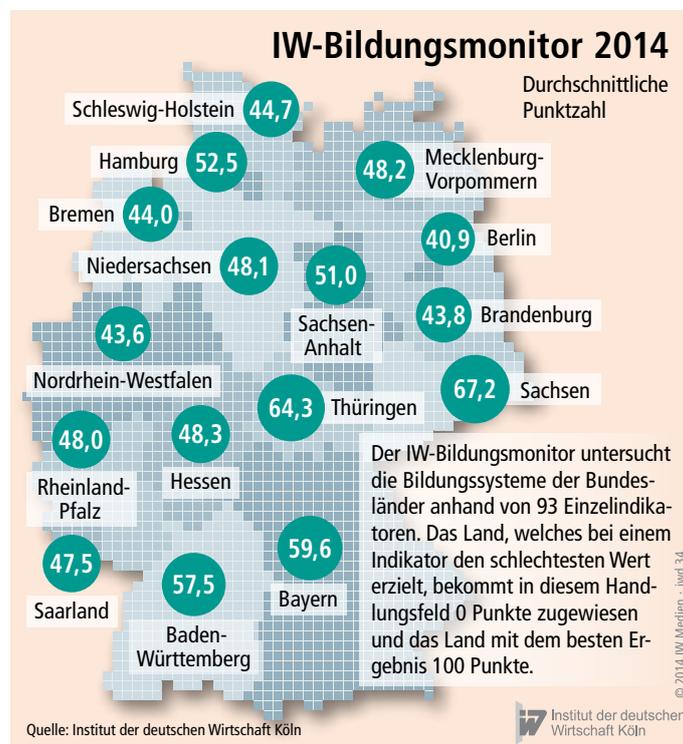
Inwieweit es den einzelnen Bundesländern gelingt, mithilfe des Bildungssystems zur Fachkräftesicherung beizutragen und Bildungsarmut abzubauen, untersucht das IW Köln seit vielen Jahren (Grafik):

Im IW-Bildungsmonitor 2014 belegt Sachsen wie im Vorjahr den ersten Platz – vor Thüringen, Bayern und Baden-Württemberg.

Im Vergleich zu den Vorjahresergebnissen konnten vor allem das Saarland und Hamburg die Bildungschancen für ihre Bürger verbessern.

Der IW-Bildungsmonitor analysiert die Bildungspolitik der einzelnen Bundesländer anhand von 93 Indikatoren in zwölf Handlungsfeldern. Welches Bundesland wo die Nase vorn hat (Tabelle Seite 2):

- Thüringen stellt je Schüler besonders viel **Geld** zur Verfügung. Dies ist vor allem deshalb →



Inhalt

Industrie. Die Politik macht der chemischen Industrie, einem Trumpf der deutschen Wirtschaft, zunehmend das Leben schwer.
Seite 3

Fachkräfteengpässe. Der Versuch, Engpässen mit einem größeren Angebot an Ausbildungsstellen vorzubeugen, stößt in vielen Fällen schnell an seine Grenzen.
Seite 4-5

Geldpolitik. Nach Ansicht mancher Experten soll die EZB mit der sogenannten quantitativen Lockerung für mehr Inflation sorgen. Die Methode verspricht jedoch wenig Erfolg.
Seite 6-7

Kommunale Unternehmen. Die Renaissance der öffentlichen Unternehmen bringt viele Stadtwerke in große wirtschaftliche Schwierigkeiten.
Seite 8

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Präsident:
Arndt Günter Kirchoff
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen in Deutschland

→ bemerkenswert, da dieses Bundesland insgesamt pro Einwohner relativ wenig Ausgaben tätigt. Bildung wird in Thüringen also eine hohe Priorität eingeräumt.

- Mit den eingesetzten **Ressourcen** geht Bayern am effizientesten um: Dort hat zum Beispiel die Lehrerschaft eine relativ ausgewogene Altersstruktur; außerdem sind die Investitionsausgaben an den allgemeinbildenden Schulen im Freistaat sehr hoch.
- Die beste **Betreuungsrelation** bieten die Schulen in Thüringen. In der

Sekundarstufe I kamen 2012 an den thüringischen Regel- und Gesamtschulen auf einen Lehrer rein rechnerisch nur 10,2 Kinder – im Bundesdurchschnitt waren es mehr als 14 Schüler pro Lehrer.

- In der **Ganztagsbetreuung** können Kinder besser gefördert werden als in Einrichtungen, die mittags schließen. Sachsen weist die höchsten Ganztagsquoten in Kindertageseinrichtungen und Grundschulen auf.
- Beim Thema **Internationalisierung** liegt Hamburg vorn. So stellt die Hansestadt unter anderem das brei-

teste Fremdsprachenangebot bereit: Fast alle Grundschüler sowie ein Großteil der Berufsschüler erhalten Fremdsprachenunterricht.

- Verspätete Einschulungen, Sitzenbleiben und Ausbildungsabbrüche kosten **Zeit**. In Schleswig-Holstein geht am wenigsten davon verloren, denn nur sehr wenige Schüler werden erst mit sieben Jahren oder noch später eingeschult oder müssen eine Klasse wiederholen.
- Die **Schulqualität** ist in Sachsen spitze: Dort erzielen die Neuntklässler die bundesweit besten Leistungen in Mathematik und in den Naturwissenschaften.
- An Sachsens Schulen gibt es deshalb auch besonders **wenige Bildungsverlierer** – also Schüler, die die Mindeststandards in den Kernfächern nicht erreichen und deshalb Schwierigkeiten beim Einstieg ins Arbeitsleben haben dürften.
- Die **Integration** klappt in Rheinland-Pfalz besonders gut. Hier erreichen auch Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern vergleichsweise gute Schulergebnisse.
- Der Übergang von der Schule in die **Berufsausbildung** gelingt vor allem in Bayern sehr gut. Das große Angebot an Ausbildungsstellen sorgt dort für eine geringe Quote unversorgter Bewerber.
- In Bremen erwerben nicht nur vergleichsweise **viele Studenten** einen Hochschulabschluss in den gefragten MINT-Fächern, in der Hansestadt leben auch – gemessen an der akademischen Wohnbevölkerung im gesamten Bundesgebiet – besonders viele Hochschulabsolventen.
- Berlin ist **Forschungshauptstadt**. Dort werden überdurchschnittlich viele Promotionen abgeschlossen und werben die Professoren besonders viele Drittmittel ein.

IW-Bildungsmonitor 2014: Wer kann was am besten?

Handlungsfeld	Bestes Bundesland	Beispielindikator	hier erreichter Wert	Bundesdurchschnitt
Ausgabenpriorisierung	Thüringen	Relation der Ausgaben pro Schüler Sek.-stufen I und II zu unmittelbaren Ausgaben pro Einwohner, 2011	187,8 Prozent	132,7 Prozent
Inputeffizienz	Bayern	Anteil Investitionsausgaben an Gesamtausgaben an allgemeinbildenden Schulen, 2012	15,7 Prozent	9,0 Prozent
Betreuungsrelationen	Thüringen	Schüler pro Lehrer, Sek.-stufe I (ohne Gymnasium), 2012	10,2	14,1
Förderinfrastruktur	Sachsen	Ganztagsquote Grundschulen, 2012	82,7 Prozent	28,6 Prozent
Internationalisierung	Hamburg	Grundschüler mit Fremdsprachenunterricht, 2012	98,9 Prozent	68,9 Prozent
Zeiteffizienz	Schleswig-Holstein	Anteil der verspätet eingeschulten Schüler, 2012	1,6 Prozent	6,6 Prozent
Schulqualität	Sachsen	Durchschnittliche Kompetenzen Mathematik, 9. Klasse, 2012	536 Punkte	500 Punkte
Bildungsarmut	Sachsen	Anteil Schüler unter Mindeststandard in den Naturwissenschaften, 2012	3,8 Prozent	9,9 Prozent
Integration	Rheinland-Pfalz	Anteil ausländischer Schulabgänger ohne Abschluss, 2012	10,0 Prozent	11,4 Prozent
Berufliche Bildung	Bayern	Quote unversorgter Bewerber, 2013	5,7 Prozent	10,3 Prozent
Hochschule und MINT	Bremen	Relation Absolventen zu 15- bis 65-jährigen Akademikern, 2012	8,4 Prozent	5,0 Prozent
Forschungsorientierung	Berlin	Promotionsquote, 2012	7,8 Prozent	6,5 Prozent

Bestes Bundesland: ist nicht zwangsläufig auch bestes Bundesland beim Beispielindikator
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Die Chemie muss stimmen

Industrie. Die Unternehmen der chemischen Industrie gehören zu den größten Trümpfen des Wirtschaftsstandorts Deutschland. Die Politik macht der Branche allerdings zunehmend das Leben schwer.

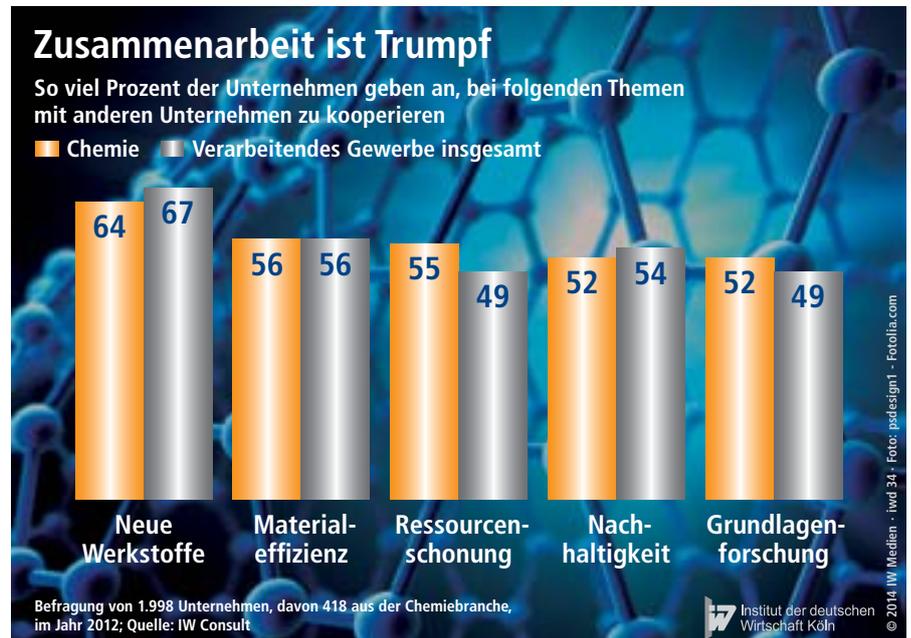
Die chemische Industrie ist für die deutsche Wirtschaft das, was die Top-Clubs für die Fußballbundesliga sind: Aushängeschild, Vorreiter, Champions-League-Teilnehmer. Das zeigt schon eine einzige Zahl:

Erhöht sich die Nachfrage nach chemischen Produkten um 1 Euro, steigt die gesamtwirtschaftliche Produktion in Deutschland um mehr als 2 Euro.

Im Produzierenden Gewerbe hat nur die Stahlbranche eine höhere Hebelwirkung. Allerdings gilt auch der Umkehrschluss: Bei einem Nachfragerückgang nach chemischen Gütern sinkt die gesamtwirtschaftliche Produktion überproportional.

Die engen Verflechtungen zwischen der Chemie und anderen Branchen gelten auch für die Forschung. So arbeiten zum Beispiel zwei Drittel der Chemie-Unternehmen mit anderen Unternehmen zusammen, um neue Werkstoffe zu entwickeln. Und in Sachen Ressourcenschonung, Nachhaltigkeit und Grundlagenforschung sind Kooperationen ebenfalls an der Tagesordnung (Grafik).

Die daraus entstehenden Impulse für Innovationen sind für die Volkswirtschaft von entscheidender Bedeutung. In einer Befragung der IW Consult gaben 70 Prozent aller Unternehmen in Deutschland an, dass



die Innovationskraft energieintensiver Industrien für ihre eigene Wettbewerbsfähigkeit „sehr wichtig“ oder zumindest „eher wichtig“ sei – und energieintensiv ist die Chemie allemal:

Die chemische Industrie schultert fast ein Fünftel der Energiekosten des Verarbeitenden Gewerbes.

Umso härter trifft es die Branche, wenn politische Maßnahmen wie die Energiewende und die Verschärfung von Klimaschutzvorschriften ihre Kosten noch weiter erhöhen. Schon heute – genau gesagt im zweiten Halbjahr 2013 – kostet Industriestrom in Deutschland fast 30 Prozent mehr als im Durchschnitt der EU-27-Staaten. Der Grund:

Auf den reinen Strompreis von knapp 7 Cent je Kilowattstunde zahlen deutsche Industrieunternehmen noch einmal gut 8 Cent an Steuern und Abgaben, das ist eine Verteuerung um fast 120 Prozent.

Zwar ist der reine Strompreis für Industriefirmen im Durchschnitt der

EU-27 mit annähernd 7,6 Cent je Kilowattstunde sogar etwas höher als in Deutschland, dafür fällt der Steueraufschlag mit knapp 56 Prozent aber nicht einmal halb so hoch aus wie hierzulande.

Auch das, was die Politik nicht tut, macht der chemischen Industrie – ebenso wie anderen Wirtschaftszweigen – mehr und mehr zu schaffen. Weil die Branche jedes Jahr Erzeugnisse für gut 80 Milliarden Euro exportiert – das ist mehr als die Hälfte ihrer Produktion –, ist sie auf eine funktionierende Infrastruktur angewiesen, insbesondere auf ein gut ausgebautes Straßennetz.

Davon kann aber in Deutschland kaum noch die Rede sein: Nach Berechnungen des IW Köln sind in den kommenden zehn Jahren mindestens 40 Milliarden Euro an zusätzlichen Investitionen erforderlich, allein um die Fernstraßen zu sanieren und die vorhandenen Engpässe auf Autobahnen und Umgehungsstraßen zu beseitigen.

Aus Mangel an Bewerbern

Fachkräfteengpässe. Seit ein paar Jahren finden die Unternehmen in Deutschland für bestimmte Berufe nicht mehr genügend Fachkräfte. Auch der Versuch, dem mit einem größeren Angebot an Ausbildungsstellen vorzubeugen, stößt in vielen Fällen schnell an seine Grenzen.

Für Hörgeräteakustiker ist der demografische Wandel in Deutschland ein gutes Geschäft: Die Älteren leben immer länger, also sollte die Nachfrage nach Hörgeräten vorerst gesichert sein. Trotzdem hat der Berufsstand schon heute große Schwierigkeiten, entsprechende Fachkräfte zu finden (Grafik Seite 5):

Auf 100 offene Stellen für Hörgeräteakustiker kommen nur 34 Arbeitslose.

Damit ist das Kriterium für einen Fachkräfteengpass – weniger als 200 Arbeitslose je 100 offene Stellen – erfüllt, und zwar deutlicher als in jeder anderen der 63 Berufsgattungen, in denen im März 2014 ein

Engpass bestand und für die eine abgeschlossene Berufsausbildung nötig ist. Eine Berufsgattung fasst Berufe mit ähnlichen Merkmalen zusammen. Haus- und Bauelektriker zum Beispiel gehören beide zur Berufsgattung Bauelektrik-Fachkraft.

Die Zahl der Arbeitslosen hätte übrigens im März dieses Jahres selbst dann nicht ausgereicht, alle offenen Stellen in den Engpassberufen zu besetzen, wenn sämtliche Arbeitslose bereit gewesen wären, für einen Job in jede x-beliebige Region in Deutschland umzuziehen.

- **Mehr Ausbildungsstellen.** Eine Möglichkeit, Engpässe künftig zu vermeiden oder zumindest zu mil-

dern, ist das vermehrte Engagement in Sachen Ausbildung. Von den momentan 63 Engpassberufen gehören 49 zu den Ausbildungsberufen im dualen System; hier können die Unternehmen also selbst aktiv werden – und das tun sie auch (Grafik):

Von 2008 bis 2013 haben die Unternehmen ihr Angebot an Ausbildungsplätzen in den Engpassberufen um insgesamt mehr als 16 Prozent erhöht – in den Berufen ohne Engpässe betrug das Plus nur gut 2 Prozent.

Wo es besonders eng war, stieg die Zahl der Ausbildungsplätze sogar noch stärker, bei Kältetechnikern etwa um mehr als 50 Prozent, bei Bauelektrikern um rund 30 Prozent.

Die größten absoluten Zuwächse an Ausbildungsstellen gab es bei den zahnmedizinischen Fachangestellten, den Fachkräften für Sanitär, Heizung und Klimatechnik und den Fachkräften für Kfz-Technik mit jeweils rund 3.000 neuen Stellen.

Für die übrigen 14 der 63 Engpassberufe gibt es keine duale Ausbildung, sondern eine schulische – das gilt beispielsweise für Altenpfleger und Krankenschwestern. In diesen Berufen können Unternehmen also nicht unmittelbar mit einer Ausweitung des Ausbildungsplatzangebots reagieren.

- **Weniger Bewerber.** Das größere Engagement der Unternehmen nutzt jedoch alles nichts, wenn die Zahl der Jugendlichen nicht mithält. In den Engpassberufen insgesamt ist die Zahl der Bewerber in den vergangenen fünf Jahren sogar leicht gesunken. Und in 37 Knappheitsberufen mit dualer Ausbildung reichte die Zahl der Bewerber nicht aus, die

Mehr Stellen, weniger Bewerber

Berufe im dualen Ausbildungssystem

Bewerber		
Ausbildungsjahr	in Engpassberufen	in Nicht-Engpassberufen
2008/2009	135.914	418.728
2012/2013	132.425	417.875
Veränderung in Prozent	-2,6	-0,2
Ausbildungsstellen		
Ausbildungsjahr	in Engpassberufen	in Nicht-Engpassberufen
2008/2009	134.154	333.067
2012/2013	156.078	341.064
Veränderung in Prozent	+16,3	+2,4

Stand Engpassberufe: März 2014, Berufe mit mindestens 100 Arbeitslosen
 Ursprungsdaten: Bundesagentur für Arbeit

angebotenen Ausbildungsplätze zu besetzen. Auf je 100 Ausbildungsplätze für Kältetechniker und Hörgeräteakustiker zum Beispiel bewarben sich nur je 30 Kandidaten.

- **Die Ursachen.** Das Auseinanderdriften von Angebot und Nachfrage hat vor allem zwei Gründe. Erstens gehen die Schülerzahlen aufgrund der seit Jahrzehnten sinkenden Geburtenzahlen zurück und zweitens entscheiden sich immer mehr Jugendliche für ein Studium, also gegen einen Ausbildungsberuf.

Das Bewerber-Minus verteilt sich zudem sehr unterschiedlich auf die einzelnen Berufe. In 32 der 49 Engpassberufe im dualen System sind die Bewerberzahlen seit 2008 sogar gestiegen – das heißt aber logischerweise auch: Der Bewerberrückgang konzentriert sich allein auf 17 Berufe. Besonders groß war er im Friseurgewerbe, wo sich 2013 fast 8.200 Personen weniger bewarben als fünf Jahre zuvor, und im Metallbau, wo es ein Minus von fast 2.500 gab.

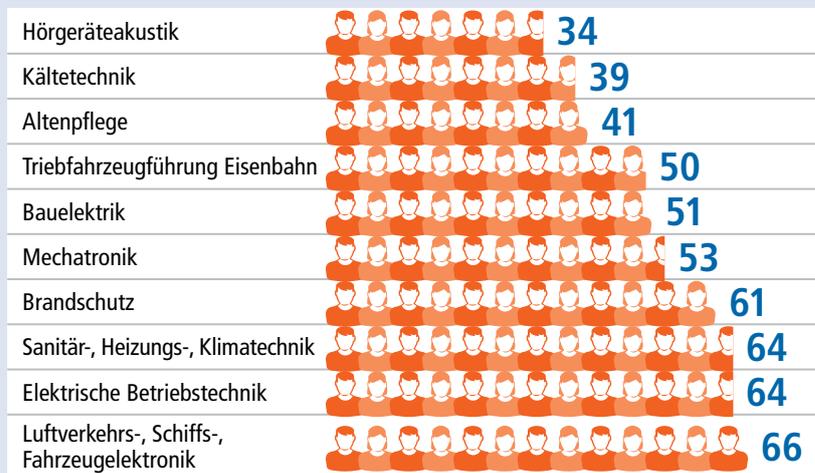
- **Die Lösungen.** Die betroffenen Unternehmen sind also gleich zweifach gekniffen. Weder können sie ihre offenen Stellen für Fachkräfte besetzen, noch finden sie genügend Nachwuchs, um Engpässen mittelfristig entgegenzuwirken. Dieses vielschichtige Problem erfordert eine mehrgleisige Lösungsstrategie:

Mehr Informationen über das Berufsspektrum. In Deutschland gibt es mehr als 300 Ausbildungsberufe, da ist es wohl kein Wunder, dass der eine oder andere Jugendliche gar nicht weiß, dass er oder sie sich zum Beispiel zum Mechatroniker für Kältetechnik oder Vulkanisationstechnik ausbilden lassen kann. Zwar bieten die Arbeitsagenturen oder der Deutsche Industrie- und Handelskammertag auf ihren Internetplatt-

Die Top 10 der Berufe mit Fachkräfteengpass

Ein Fachkräfteengpass liegt dann vor, wenn die gemeldeten Arbeitslosen die gemeldeten offenen Stellen nicht besetzen können. Da in der Regel nur etwa jede zweite offene Stelle bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldet wird, geht man bereits dann von einem Engpass aus, wenn es je 100 gemeldete offene Stellen weniger als 200 Arbeitslose gibt.

Arbeitslose je 100 gemeldete offene Stellen in Ausbildungsberufen im März 2014



Berufe mit mindestens 100 Arbeitslosen
 Ursprungsdaten: Bundesagentur für Arbeit

 Institut der deutschen
 Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - wvd 34 - Illustration: Julien Eichinger - Fotolia.com

formen wichtige Orientierungshilfen – wie Bewerber- und Lehrstellenbörsen. Das Angebot muss aber durch mehr Schulkooperationen und Praktika ergänzt werden, um dem Nachwuchs einen umfassenden Überblick über die verschiedenen Berufe und den Unternehmensalltag zu geben.

Mehr Werbung in eigener Sache. Die einzelnen Branchen könnten stärker als bisher für sich werben. Nach wie vor gibt es Ausbildungsberufe, die mehr als genug Bewerber haben, aber nicht unter einem Fachkräfteengpass leiden. Dazu gehört beispielsweise die Fotografie. Diese Bewerber gilt es für andere Berufe zu begeistern.

Neue Zielgruppen erschließen. Bei rückläufigen Bewerberzahlen gewinnen jene Jugendlichen an Bedeutung, die aufgrund ihrer Leistungsschwäche oder anderer Handicaps früher eher leer ausgegangen sind. So könnten ausbildungsbegleitende Hilfen und Kooperationen mit externen Ausbildungsträgern insbe-

sondere kleine und mittlere Unternehmen ermutigen, auch Jugendliche auszubilden, die den bisherigen qualifikatorischen Ansprüchen der Betriebe nicht genügen.

Die assistierte Ausbildung zum Beispiel ist ein – relativ neues – Konzept, bei dem Bildungsträger als Dienstleister für beide Seiten fungieren: Die Firmen erhalten Hilfe bei der Bewerberauswahl sowie der Ausbildungsorganisation und werden im pädagogischen Umgang mit unterstützungsbedürftigen Jugendlichen geschult. Diese wiederum werden gezielt auf ihren Beruf und den Betrieb vorbereitet und erhalten während der Ausbildung die individuell erforderliche Unterstützung.

Gutachten

Sebastian Bußmann, Regina Flake, Susanne Seyda: Fachkräfteengpässe in Unternehmen – Unternehmen steigern Ausbildungsangebote in Engpassberufen

Download unter: kompetenzzentrum-fachkraeftesicherung.de

Lockern ist problematisch

Geldpolitik. Die Inflation in den Euroländern blieb im Juni 2014 mit 0,4 Prozent auf sehr niedrigem Niveau. Manche Experten fordern die EZB daher auf, das Instrument der sogenannten quantitativen Lockerung zu nutzen, um die Teuerungsrate nach oben zu treiben – und so die Gefahr einer Deflation zu bannen. Die Erfolgsaussichten dieser Methode sind jedoch ziemlich gering.

Die Europäische Zentralbank (EZB) zielt mittelfristig auf eine Inflationsrate von 2 Prozent ab. Von dieser Marke ist die Eurozone derzeit allerdings weit entfernt. Vielmehr sehen einige Ökonomen nach wie vor die Gefahr, dass Europa in die Deflation rutscht, das Preisniveau also insgesamt sinkt. Das könnte die europäische Wirtschaft in eine Abwärtsspirale treiben. Denn wenn die Verbraucher einen anhaltenden Preisrückgang erwarten und deshalb ihren Konsum zurückschrauben, schrumpfen die Umsätze der Unternehmen, was die Preise noch weiter nach unten treibt und die Produktion sinken lässt.

Um dem entgegenzuwirken, hat die EZB den Leitzins bereits auf

niedrige 0,15 Prozent gesenkt und negative Einlagenzinsen für Banken beschlossen, die Geld bei der Zentralbank parken. Somit ist der Spielraum der EZB in Sachen Zinspolitik praktisch ausgereizt.

Auf der Suche nach Alternativen fordern einige Experten die EZB jetzt auf, es den Notenbanken in den USA, Japan und Großbritannien gleichzutun und das Instrument der quantitativen Lockerung mittels Käufen von Staatsanleihen einzusetzen (Kasten). Zu den Befürwortern zählt beispielsweise der Wirtschaftswissenschaftler Peter Bofinger (Kasten).

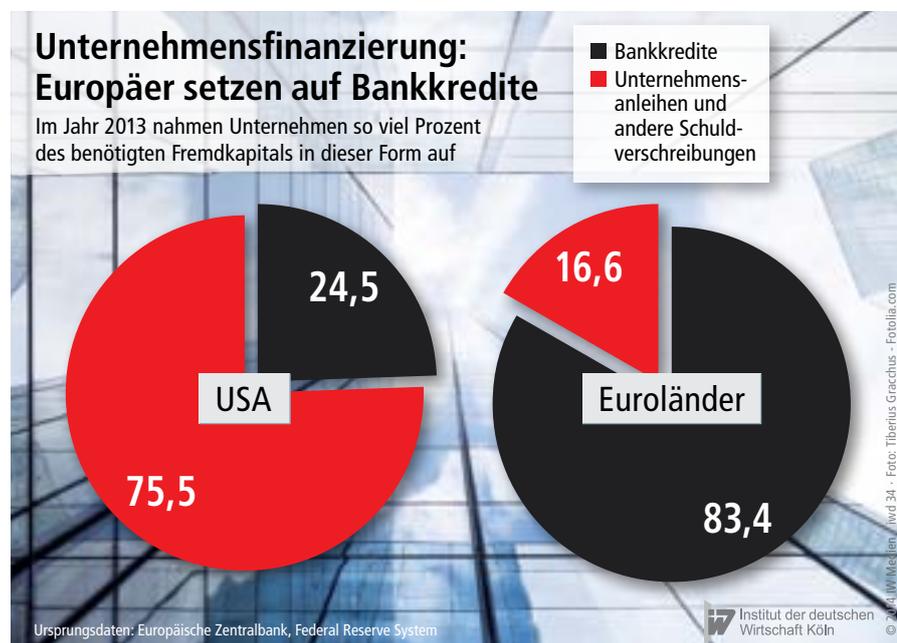
Doch ob die erhoffte Wirkung auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und das Preisniveau in Europa tatsächlich eintreten würde, ist aus

Sicht des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln zweifelhaft. Im Einzelnen:

- **Widerstand gegen den Kauf von Staatsanleihen.** Als die EZB 2012 angekündigte, gegebenenfalls unbegrenzt Staatsanleihen der Euro-Krisenländer aufzukaufen, um deren Wirtschaft zu stabilisieren, wurden nicht zuletzt rechtliche Bedenken laut – auch wenn es damals durchaus gute Gründe für das Vorgehen der EZB gab (vgl. iwD 38/2013). Ein abschließendes Urteil des Europäischen Gerichtshofs über die Vereinbarkeit dieser Praxis mit den EU-Verträgen steht noch aus.

Die quantitative Lockerung wäre rechtlich wohl weniger problematisch, da die EZB dann nicht selektiv Anleihen einzelner Länder, sondern aller Euroländer kaufen würde, und das auch nur in begrenztem Umfang. Dennoch würde sich das Zinsgefüge zwischen den einzelnen Eurostaaten aller Voraussicht nach verschieben. Deshalb ist politischer Widerstand gerade von jenen Euroländern zu erwarten, die infolge der EZB-Käufe ein höheres Zinsniveau hätten und deren Staatspapiere damit als risikoreicher gelten würden.

- **Geringe Bedeutung von Unternehmensanleihen.** Die Wirtschaft in Europa wird stark von den kleinen und mittleren Unternehmen geprägt. Doch gerade ihnen würde eine Politik der quantitativen Lockerung, die für niedrigere Finanzierungskosten auf dem Kapitalmarkt sorgt, kaum zugutekommen. Denn die meisten europäischen Firmen sind zu klein, um sich über den Kapitalmarkt zu finanzieren (Grafik):



Im vergangenen Jahr nahmen die Unternehmen in den Euroländern nur 17 Prozent ihres Fremdkapitals über die Ausgabe von Anleihen oder anderen Schuldverschreibungen auf – in den USA lag der Anteil dagegen bei 75 Prozent.

Folglich hätte die durch die quantitative Lockerung zu erwartende Zinssenkung bei Unternehmensanleihen kaum die erhofften positiven Auswirkungen auf die Finanzierung der europäischen Betriebe.

- **Nur begrenzter Vermögenseffekt.** Die quantitative Lockerung kann durch die zusätzliche Liquidität am Kapitalmarkt und steigende Kurse theoretisch nicht nur die Nachfrage nach Unternehmensanleihen ankurbeln, sondern auch die nach Aktien und Immobilien. Neuere Untersuchungen zeigen jedoch, dass Anleger, die Wertpapiere verkauft haben, danach meist wieder in Wertpapiere mit ähnlichem Risikoprofil und Zeithorizont investieren. Wer also eine Anleihe abgestoßen hat, wird das erhaltene Geld in den meisten Fällen nicht in Aktien oder Immobilien investieren – sondern in Anleihen.

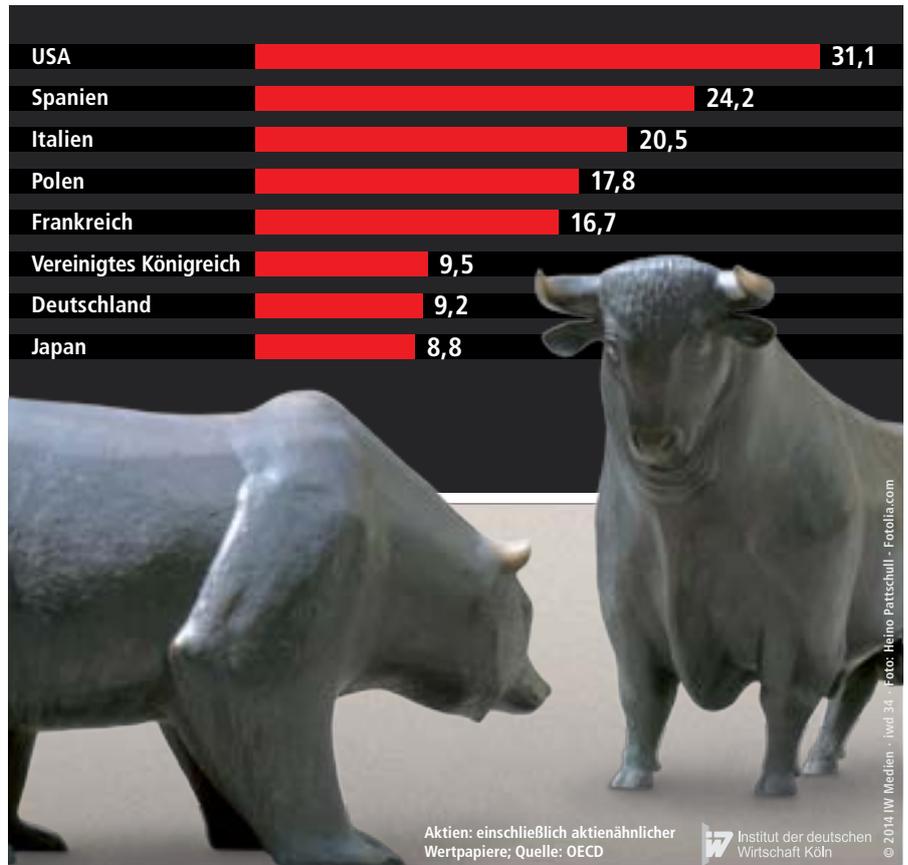
Doch selbst wenn der erhoffte Streueffekt eintritt, wird er in Europa ziemlich schwach sein. Denn das Gros der privaten Haushalte hat mit der Börse nichts am Hut (Grafik):

Während die US-Bürger im Jahr 2012 mehr als 30 Prozent ihres Geldvermögens in Aktien oder ähnliche Papiere investiert hatten, betrug dieser Anteil in den großen Euroländern im Schnitt nur etwa 15 Prozent.

In Deutschland steckten sogar weniger als 10 Prozent des privaten Vermögens in Aktien. Damit ist gerade hierzulande die Kapitalbasis, an der die EZB mit ihrer quantitativen Lockerung ansetzen könnte, ausgesprochen schwach.

Bundesbürger sind Aktienmuffel

So viel Prozent ihres gesamten Geldvermögens hielten private Haushalte im Jahr 2012 in Aktien



Quantitative Lockerung

Dieser Begriff bezeichnet eine Geldpolitik, bei der eine Zentralbank für einen festgelegten Betrag gezielt längerfristige Wertpapiere kauft. In der Regel handelt es sich dabei um Staats- und Unternehmensanleihen. Die Zentralbank will auf diese Weise den Preis der Anleihen erhöhen, was wiederum deren Rendite verringert. Damit sinken die Finanzierungskosten von Staaten und Unternehmen am Kapitalmarkt.

Durch den Kauf von Anleihen pumpt die Zentralbank zusätzliches Geld in den Kapitalmarkt. Wenn, wie beabsichtigt, die Verkäufer der Anleihen mit diesem Geld neue Anleihen, Aktien oder Immobilien erwerben, überträgt sich das niedrigere Zinsniveau auf den gesamten Anleihenmarkt und der Wert von Aktien und Immobilien steigt. Das Vermögensplus kann wiederum die gesamtwirtschaftliche Nachfrage ankurbeln – letztlich wird damit dann auch die Inflation nach oben getrieben.

Die andere Meinung

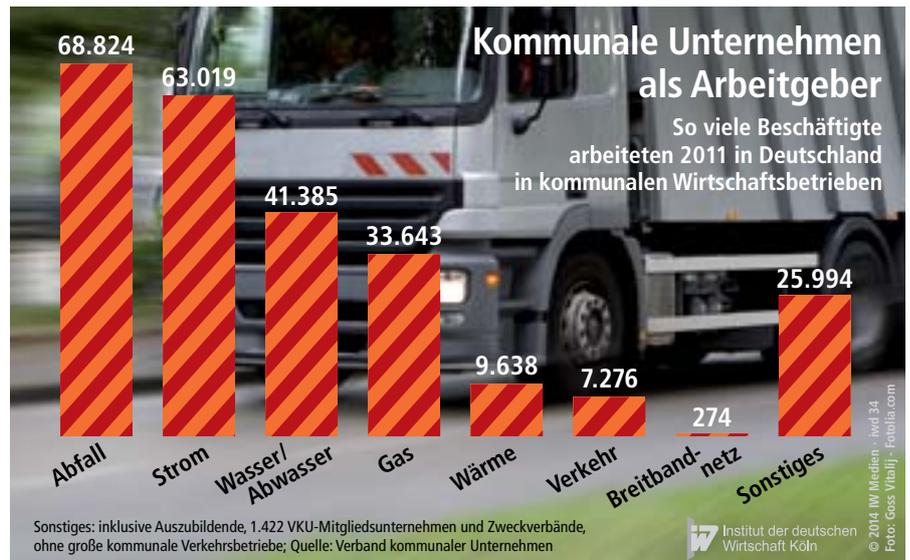
„Der EZB-Rat sollte sich zu umfangreichen Wertpapierkäufen durchringen. [...] Damit kann man dafür sorgen, dass es erst gar nicht zu einem Abrutschen des Euro-Raums in die Deflation kommt.“

Peter Bofinger, Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, in: „Die Welt“ vom 5. Februar 2014

Oft ein Zuschussgeschäft

Kommunale Unternehmen. Lange Zeit war es in Deutschland gängige Praxis, öffentliche Unternehmen an private Betreiber zu verkaufen. Dieser Trend scheint nun beendet – und ins Gegenteil verkehrt. Doch die Renaissance der kommunalen Unternehmen hat ihren Preis: Vor allem viele Stadtwerke haben große wirtschaftliche Schwierigkeiten.

Die Berliner Wasserwerke sind ein gutes Beispiel dafür, warum die Privatisierung kommunaler Unternehmen oft so ein schlechtes Image hat: Nachdem der französische Konzern Veolia sowie die deutsche RWE 1999 einen Teil der Wasserversorgung übernommen hatten, verteuerte sich Wasser in Berlin erheblich. Im vergangenen Jahr wurde der öffentliche Druck so groß, dass die Berliner Wasserwerke rekommunalisiert wurden. Was den meisten Bürgern aber



nicht klar war: Der stetig steigende Wasserpreis war nicht auf die – halberzige – Privatisierung an sich zurückzuführen, sondern auf die überschuldete Stadt, die als Mehrheitsanteileseignerin (50,1 Prozent) weiter auf hohe Renditen pochte.

Quersubventionierungen sind in der kommunalen Wirtschaft eher die Regel als die Ausnahme. In der Vergangenheit mussten meist jene Gewinne, die die Kommunen mit der Bereitstellung von Energie machten, die Defizite im Verkehrssektor ausgleichen.

Heute funktioniert das oft nicht mehr. Da alternative Energien bei der Einspeisung ins Netz Vorrang haben, geraten die Gas- und Kohlekraftwerke unter Druck: Viele haben jetzt weniger Betriebsstunden – bei gleichen Fixkosten. Die Unternehmensberatung Roland Berger geht davon aus, dass mindestens 100 der 500 deutschen Stadtwerke so große

Defizite machen, dass sogar eine Insolvenz droht. Damit fällt die Quersubventionierung des öffentlichen Nahverkehrs aus, stattdessen sind Sparmaßnahmen bei Bus und Bahn angesagt – was meistens auch Arbeitsplätze kostet. Dabei geht es nicht um wenige Stellen (Grafik):

Die kommunalen Unternehmen in Deutschland beschäftigen derzeit noch mehr als 250.000 Angestellte.

Ein anderes Sorgenkind der kommunalen Wirtschaftstätigkeit sind die Regionalflugplätze, von denen nur wenige kostendeckend betrieben werden. In Gera hat neben dem neuen, aber unrentablen Gaskraftwerk auch der insolvente Flugplatz Gera-Leumnitz zum Kollaps der Stadtwerke beigetragen. Andernorts – etwa in Zweibrücken oder Erfurt – ist zwar das Land Hauptpartner der Regionalflughäfen, aber auch dort sind kommunale Gesellschafter am Zuschussgeschäft beteiligt.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber

Redaktionsassistent: Ines Pelzer

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoein.de

Bezugspreis: € 8,84/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich

Aboservice: Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoein.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwd wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoein.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

IW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.